

Erhebt sich die deutsche Wirtschaft... Die deutsche Wirtschaft...



Unterlagen und Abnommens-Nachname in Groß-Berlin... Liste von Adressen und Namen.

Berliner Tageblatt

Nr. 508 Ausgabe für Berlin und Handels-Zeitung 53. Jahrgang Sonnabend, 25. Oktober 1924

Aufruf demokratischer Wirtschaftskreise.

Oesterreichische Probleme.

„Volks- und Arbeitsgemeinschaft.“

Die Parole des deutschen Unternehmertums. Der Reichsausschuss für Handel, Industrie und Gewerbe...

„An das deutsche Unternehmertum!“ Die Auflösung des Reichstages trifft die deutsche Wirtschaft außerordentlich schwer.

„Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft.“ Gegenüber Staat und Wirtschaft haben diejenigen unverantwortlich gehandelt, die die Regierungskrise aus parteifaktischen Erwägungen herbeiführten.

„Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft.“ Die geistige Grundlage für die Gesamtarbeit in Staat und Wirtschaft. Die Zukunft unseres Vaterlandes ist davon abhängig.

„Als Wirtschaftler, die seit Jahren daran arbeiten, den republikanischen Staat und damit die Einheit der völkerrätigen Entwicklung durch eine Vereinigung der politi-

stischen und der wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes zu fesseln, rufen wir an das deutsche Unternehmertum den dringenden Ruf, in diesen ersten Stunden des gemeinsamen Schicksals, der gemeinsamen Not aller deutschen Volksgenossen eingedung zu sein.

Nicht durch Klassenkampf von oben oder unten, nicht durch das Ausrichten parteifaktischer Schwärme zwischen den einzelnen sozialen Schichten, nicht durch den Verzicht der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Teils des erwerbstätigen Volkes, sondern nur durch das Zusammenwirken aller nationalen Kräfte, durch das lebendige Vertrauen zwischen allen Massen und Ständen...

„Volksgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft.“ In der Parole des deutschen Unternehmertums in diesem Wahlkampf. Ihr feierlicher unter Ausspaltung aller engeren Parteinteressen euerdichtig gebiet zu haben, ist das große Verdienst der Deutschen demokratischen Partei.

Das Präsidium des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen demokratischen Partei.

Präsident Dr. Philipp Wieland-Wilm, Dr. Hermann Fischer, Berlin, Dr. Carl Melchior-Spanburg, Direktor Dr. Robert Rauffmann, Berlin.

Von [Redaktion verbleibt.] Dr. Ignaz Seipel, deutsch-österreichischem Bundeskanzler.

Wir haben Dr. Seipel, dessen starke Natur erfreulicherweise auch die letzten Folgen des schändlichen Attentats überstanden hat, gebeten, sich nach dem Wiedertritt in sein Amt hier im „Berliner Tageblatt“ über die neuen Aufgaben, die er vorgefunden hat, zu äußern, und er hat die Güte gehabt, uns den hier folgenden Artikel zur Verfügung zu stellen.

Die Redaktion. Zwischen unseren jüngsten Genfer Verhandlungen und unserer allgemäin einsetzenden Wirtschaftspolitik besteht ein klarer Zusammenhang. Wir sind diesmal nach Genf gegangen, um uns wegen der Fortführung und Beendigung der staatlichen Sanierungsaktion mit dem Völkerbund auseinanderzusetzen, vor allem aber, um für unsere unter den Nachwirkungen der Krise leidende Volkswirtschaft ein moralisches Oiro jener Faktoren gewinnen, deren Anteil von dem internationalen Finanzmarkt zu außerordentlich hoch eingeschätzt wird.

„In den rein staatsfinanziellen Fragen hätten wir es freilich lieber gesehen, wenn uns ein größeres Entgegenkommen bewiesen worden wäre. Wir wissen aber sehr wohl, daß das Gutachten des Finanzmittels und die darauf folgende Entscheidung des Rates über die Höhe unseres Budgets wieder als eine Mißtrauensfundgebung, noch weniger als eine Unzulänglichkeit gegen Oesterreich gedeutet werden darf. Für unsere Staatshaushalt und für unsere Verwaltungsaufgaben ist es vielleicht unbedeutend, aber gewiß nicht entscheidend, daß wir aufgebodert worden sind, das Budgetgleichgewicht nicht, wie wir dachten, bei 560 Millionen Volkfronen, sondern bei 615 Millionen Volkfronen auszubringen. Die wichtigste Aufgabe ist vor allem die, diesem Beschluß zugrunde zu liegen. Wir haben uns im Laufe unserer Verhandlungen in Genf in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise davon überzeugen können, daß mit diesem Beschluß dem Kapitalmarkt eine Garantie mehr dafür angesetzt werden sollte, daß das nach Oesterreich formende Budgetkapital einem mit äußerster Sparsamkeit verwalteten Lande zu Gute kommen werde. Auch andere Empfehlungen und Entscheidungen des Finanzmittels beweisen, daß es in diesem Augenblick dem Völkerbund nicht so sehr um unsere finanzpolitische Sanierung geht, deren Erfolge er deutlich anerkennt, und deren planmäßige, wenn auch nicht ganz zureichende Wende als sicher vorausgesetzt wurde. Das Hauptanliegen des Völkerbundes ist vielmehr derzeit auf unsere Volkswirtschaft gerichtet, also auf ein Gebiet, dem seit einigen Monaten auch die Hauptfrage der österreichischen Regierung gewidmet ist.

„Mit den Sachverständigen des Völkerbundes stimmen wir durchaus in der Auffassung überein, daß unter allen Umständen eine Verbilligung der Produktionskosten herbeigeführt und das fiskalische Budget und die Finanzen hierbei zur Seite gehalten werden müssen. Wir finden, wie auch Deutschland, unter dem abnorm hohen Zinsfuß, der eine Folge der noch nicht gänzlich überwundenen Krise ist und gleichzeitig die energische Bekämpfung der letzten Erhebungen eben dieser Krise behindert. Wir sind der Meinung, daß der Staat die geldverdrängende Steuererogation erst dann abbauen darf, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß das Bankkapital, von dem Industrie und Handel in Oesterreich so sehr abhängen, eine angedrückte Politik verlor, d. h. zur Verbilligung des Leihgeldes seine Hand bietet. Es hat sich gezeigt, daß der zu hohe Zinsfuß besterfalls geringe Kapitalmengen aus dem Auslande hereinlockt, aber auch diese nur für kurzfristige Anlage, womit der Produktionswert wenig gebiert ist. Was folgt daraus? Doch wohl, daß das auf die Befruchtung der Arbeit aussehende Auslandskapital einem zu hohen Zinsfuß mißtraut und erst abwarten will, bis wir aus eigenem die Produktionsbedingungen vermindert gestaltet haben. Das ist das Ziel der Regierungspolitik für die nächste Zeit, und ich bin sicher, daß wir mit unseren Anstrengungen etwas erreichen werden.“

„Ich teile nicht die Befürchtung, daß die Angelegenheit Casington und andere ähnliche, die mehr aus persönlichen als aus wirtschaftlich-fiskalischen Gründen ein übergoßes Aufsehen erregen, das Auslandsveranlassen könnten, sich von uns und unserer Volkswirtschaft zurückzuziehen. Das ist nichts anderes als das letzte Grollen des abziehenden Gewitters in unserem Wirtschaftsleben, aus dem die Schwachen und unzuverlässigen Elemente durch die Sturmflut der Krise hinweggesperrt worden sind, während die Starken, wenn auch vom Sturm gestäubelt und zerhaut, sich als vorzeitig bewiesen haben. In meiner Auffassung werde ich bestraft durch die Tatsache, daß die Versuche einzelner Bundesländer und privater Wirtschaftskreise, ausländische Anleihen aufzunehmen, eine ermutigende Aufnahme gefunden haben. Allerdings ist es richtig, daß der internationale Finanzmarkt zunächst einmal die Auswirkungen der auf der Londoner Konferenz

Amerika und der Völkerbund.

Neue Erklärungen Coolidges.

„Zernhaltung vom Völkerbund, um zu verhüten, daß wir verpflichtet werden können, anderer Leute Geschäfte zu besorgen.“ — Für freiwillige Teilnahme am Haager Schiedsgerichtshof und für die Politik internationaler Konferenzen.

(Funktelegraphen unseres Korrespondenten). New-York, 24. Oktober.

Präsident Coolidge nahm heute zum letzten Mal vor dem Wahlsieg in öffentlicher Rede zu dem im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen stehenden Fragen Stellung. Es handelte sich um eine Aufzählung an die Delegierten aus den östlichen Staaten zur amerikanischen Handelsmission, die in Washington stattfand, und die Rede wurde durch 23 durch Fernsprecherleitungen miteinander verbundene Rundfunkstationen an Millionen und aber Millionen von Zuhörern in allen Teilen der Vereinigten Staaten übermittelt. Coolidge legte erneut die Grundzüge des republikanischen Programms klar und wendete sich insbesondere mit besonderer Schärfe gegen das Follett's Reformwünsche. Die außenpolitischen Stellen der Rede seien wörtlich wiedergegeben. Der Präsident ging von der Feststellung aus, daß er sich vorbehaltlos für die Aufrechterhaltung des Friedens einsetze, allerdings dürfe die Sicherheit des Staates und ihre innere Ordnung nicht gefährdet werden. Wir unterhalten unter keinem Gesicht und unsere Flotte nicht als Drohung, es sei denn gegen solche, die Hochverbrechen in Schilde führen. Unsere Außenpolitik ist klar definiert. Sie ist begründet auf Frieden unter gleichzeitiger Sicherung unserer Unabhängigkeit. Wir haben uns dem Völkerbund ferngehalten, vor allem, um Beweislagen politischer Natur zu vermeiden und zu verhüten, daß wir verpflichtet werden können, anderer Leute Geschäfte zu besorgen, also Verpflichtungen zu übernehmen, deren Zustandkommen wir nicht geistlich haben und an denen wir nicht direkt interessiert sind. Wir haben aber auch nicht abgesehen, zu helfen, zusammenzuarbeiten und zu handeln, wo immer sich eine Gelegenheit bot, in der wir von Nutzen sein konnten.“

Der Präsident erwähnte als Beweis für die Hilfsbereitschaft Amerikas die Abrüstungskonferenz in Washington, die Vertretung Amerikas auf der Londoner Konferenz, die zur Annahme des Dawes-Planes geführt habe, und die Deutschland-Anleihe, deren Erfolg durch mehrfache Überzeichnung seitens der amerikanischen Börse sichergestellt worden sei. Alle diese Handlungen, so fuhr er fort, haben sich als praktische Wirkung unserer Methoden erwiesen, den Wiederaufbau Europas zu fördern. Wir schlagen auch die Teilnahme am Schiedsgerichtshof in Haag zu festlichen, irgendwem wünschenswerten Bedingungen vor, soweit sie durchführbar und für die anderen interessierten Völker annehmbar erscheinen. Damit wären wir an einem Schiedsgericht beteiligt, vor das wir niemals ohne unsere Zustimmung geladen werden könnten.

können, dem aber internationale Meinungsverschiedenheiten freiwillig unterbreitet werden könnten. Wir treten fernheit für eine Weltpolitik internationaler Konferenzen ein, wo immer solche Konferenzen durch besondere Anlässe geboten erscheinen mögen, um klar zu stellen, was wir zu erwirken, weitere Erörterung herbeizuführen und Pläne für die Modifizierung des Völkerrechts vorzuschlagen. Unsere Regierung ist aber gegen Erörterung von Fragen, die unsere eigenen, rein inneren Angelegenheiten betreffen seitens irgendwelcher internationaler Körperschaft oder Konferenz.

Am kommenden Tage wird Präsident Coolidge in Washington, hielt Staatssekretär Hughes eine Wahlrede in Berlin, in der er ebenfalls ausführlich zur Völkerbundsfrage Stellung nahm und erneut den bekannten Standpunkt der amerikanischen Regierung darlegte. Bemerkenswert war ein Satz seiner Ausführungen: „Es ließe sich einmütig erklären, daß die amerikanische Gesamtmacht der Fiktion niemals dazu verpflichtet sein wird, einzugehen, um die Durchführung ausländischer Anleiheausgaben oder sonstiger Übervereinbarkeiten zu unterstützen.“ Diese Bemerkung hat eine besondere Bedeutung deshalb, weil in letzter Zeit wiederholt Presseerörterungen darüber geführt wurden, ob Amerika sich an „Sanktionen“ gegen Deutschland beteiligen würde, falls der Zinsdienst der Anleihe infolge irgendwelcher deutscher „Verletzungen“ gestoppt erdigne. Die Antwort Hughes ist nun ungedeutet negativ.

„Der neue Geist in Europa.“

(Funktelegraphen unseres Korrespondenten). New-York, 24. Oktober.

Der Agent für die Reparationen, Owen Young, richtete aus Anlaß der Tagung der östlichen Vertreter der amerikanischen Bankiersmission in Washington an deren Präsidenten, den Aufstufungsverordnungen der Standard Oil Company, Bedford, ein Telegramm folgenden Wortlauts: „Die Leichtigkeit, mit der die durch den Dawes-Plan vorgesehene Maßnahme in Gang gesetzt wurde und ihr überaus erfolgreicher Betrieb während der letzten sechs Wochen hat, der beste Beweis dafür, daß in Europa ein neuer Geist herrscht, der die Wiederherstellung normaler Verhältnisse gewährleistet. Noch bevor die Anleihe gefordert war, hat Deutschland in den letzten sechs Wochen über dreißig Millionen Dollars bezahlt, und der größte Teil dieser Summe wurde auf dem einen oder anderen Wege den Gläubigerländern überwiesen. Nun, da die Anleihe untergebracht und die weitere Erwidmung der Kontrolle des Generalagenten unterstellt ist, stehen praktisch alle Beträge zur Verfügung, die während des ersten Jahres für die Ausführung des Dawes-Planes benötigt werden. Nichts kann mehr zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Hoffnung bei den entmutigten Völkern Europas beitragen, als die eindrucksvolle Verzinsungsfundgebung des amerikanischen Volkes, wie sie sich in der Überzeichnung der Deutschlandanleihe ausdrückt.“